
Familialismus als Reformhindernis

Rezension von: Gösta Esping-Andersen, *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford University Press, Oxford 1999, 207 Seiten, £ 15,99.

Esping-Andersen hat unter dem wenig griffigen Titel eine Anzahl von Überlegungen zusammengefasst. Man merkt dem Buch an, dass es aus einer Reihe von Vorlesungen und Artikeln zusammengesetzt wurde, da etliche Gedanken immer wieder auftauchen. Dies tut aber dem Gesamteindruck des Buches keineswegs Abbruch.

Die „Social Foundations...“ schließen an Esping-Andersens bekanntestes Buch „The Three Worlds of Capitalism“ an und versuchen die dort aufgestellten Thesen für die postindustrielle Welt zu erweitern.

In „The Three Worlds...“ werden sozialstaatliche Systeme nach der Ausprägung von zwei Variablen klassifiziert: Stratifikation und Dekommodifikation. Stratifikation beschreibt, wie stark „Klassen“ die Gesellschaft bestimmen, wie stark also die Zugehörigkeit zu bestimmten Schichten ist und wie durchlässig diese sind. Dekommodifikation beschreibt, wie weit die finanzielle Situation der einzelnen von ihrer Marktpartizipation unabhängig ist. Mit Hilfe dieser Variablen unterschied Esping-Andersen drei verschiedene Wohlfahrtsstaatsregime: „liberal“ mit geringer Stratifikation („jeder ist seines Glückes Schmied“) und geringer Dekommodifikation (nicht nur stellt das Erwerbseinkommen praktisch die einzige soziale Absicherung dar, auch Sozialleistungen werden als Güter am Markt gehandelt), „sozialde-

mokratisch“ (geringe Stratifikation, aber hohe Dekommodifikation, da der Staat Sozialleistungen und soziale Absicherung in hohem Ausmaß zur Verfügung stellt) und „konservativ“ (hohe Stratifikation und hohe Dekommodifikation).

Für die industrielle Welt mit weitgehend kontinuierlichen Erwerbsbiografien und relativ stabilen Familienverhältnissen stellte diese Systematisierung durchaus einen brauchbaren Raster dar, wenngleich es natürlich in der Realität eine Menge von Mischformen gab.

Die postindustrielle Welt aber lässt sich nur mehr sehr bedingt durch diese Variablen erklären. Die Sozialstaaten stehen unter Anpassungsdruck auf die neuen Erfordernisse und Esping-Andersen konstatiert, dass diese Anpassung stark pfadabhängig ist, dass es also kaum zu abrupten Regimewechsel kommt. Gewisse Regime können aber den Strukturwandel besser verarbeiten als andere.

Was versteht Esping-Andersen aber unter der postindustriellen Welt? Sie ist gekennzeichnet durch Globalisierung, Arbeitslosigkeit, sozialen Ausschluss, familiäre Instabilität und den Vorwurf an den Sozialstaat, zu hohe Rigiditäten zu erzeugen und zu inflexibel zu reagieren. Der Arbeitsmarkt wird zunehmend durch Tertiärisierung mit allen damit verbundenen Problemen (niedrige Produktivität, Baumolsche Kostenkrankheit, Auseinanderklaffen in Hoch- und Niedrigqualifizierte) geprägt.

Nicht explizit festgehalten wird ein m.E. für die Analyse wesentliches Faktum: Durch den Strukturwandel verliert das Kriterium der Stratifikation zunehmend an Bedeutung. Konnte und musste im Industrialismus noch klar zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und ihren jeweiligen Interessenlagen unterschieden werden, so führen atypische Beschäftigungen, Scheinselbständigkeiten etc. selbst in Staaten mit vormals hoher Stratifikation zu einer Verwischung der Klassengrenzen.

So stellt sich die Frage, was konservative und sozialdemokratische Staaten denn unterscheidet, haben doch beide ein hohes Ausmaß an Dekommodifikation.

Und hier erweist sich Esping-Andersen für einen Wissenschaftler als erstaunlich selbstkritisch. Gibt er doch zu, einen Aspekt bislang sträflich vernachlässigt zu haben, nämlich die Rolle, die Frauen bzw. die Familie im Sozialstaat spielen. Hingewiesen wurde er auf dieses Manko von feministischen Ökonominen, die zeigten, dass es einen großen Unterschied macht, ob ein System einen hohen Grad an Dekommodifikation hat, weil der Staat Sozialleistungen zur Verfügung stellt, die bislang vom Markt angeboten worden sind, oder ob es sich um ein System handelt, wo Sozialleistungen niemals über den Markt angeboten worden sind, weil sie von jeher privat, sprich innerhalb der Familien erbracht worden sind. Anders gesagt: Dekommodifikation kann bedeuten, dass Sozialarbeit vormals kommodifiziert war, es kann aber auch bedeuten, dass diese Arbeit niemals kommodifiziert und damit auch sichtbar wurde. Zu Recht wurde zweiteres von feministischer Seite kritisiert, da dadurch die freien Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen gehemmt werden. So misst nun der Grad der De-Familialisierung, inwieweit die soziale Verantwortung den Familien abgenommen wird, sei es durch den Markt (typischerweise sind die personenbezogenen Dienstleistungen in „liberalen“ Systemen vergleichsweise sehr billig) oder durch den Staat (indem – wie in idealtypischen „sozialdemokratischen“ Staaten – eine ausgebaute soziale Infrastruktur für die unterschiedlichen Risikolagen existiert).

Der Grad des Familialismus wirkt in der postindustriellen Welt selbstverstärkend für ein Regime und bestätigt daher auch die Pfadabhängigkeit von Sozialregimen, von der Esping-Andersen ausgeht. Das „konservative“ Regime, in

dem noch immer der männliche Erwerbstätige die Vormachtstellung hat, muss gerade diesen beschützen, soll Armut in erhöhtem Ausmaß vermieden werden. Die soziale Lage der Familien ist in solchen Regimen nun einmal in erster Linie von der Erwerbstätigkeit des Mannes abhängig – daher wird dieser durch Rigiditäten am Arbeitsmarkt geschützt, die gleichzeitig Frauen (und Jugendliche) zu AußenseiterInnen machen. Auch Frühpensionierungsregelungen wirken in diese Richtung – besser jemanden abgesichert aus der Erwerbstätigkeit zu entlassen, als die Risiken der Arbeitslosigkeit auf ihn zu laden. Selbstverständlich wird eine derartige Politik durch den Medianwähler unterstützt, da dieser in konservativen Regimen immer die familiäre Wohlfahrt über das Allgemeininteresse stellen muss. Nur ist eben ein solches Wohlfahrtsregime nicht oder zu wenig in der Lage, mit den neuen Risiken des Postindustrialismus fertig zu werden: „And herein lies the Achilles' heel of the welfare state's vast popularity. If the alliance against reform represents the traditional, rather than emerging, risk structure, a successful defence of the status quo becomes problematic. The welfare state may then be servicing the insiders, the A-team. And the more it is upheld, the less is its capacity to address the risks of the outsiders, the B-team. If postindustrial society is altering the structure of social risks, the real crisis of the welfare state may be that it enjoys too much popularity.“ (S. 148)

Esping-Andersen sieht nach extensiven Vergleichen der drei bekannten Regime (und dem Problem der Pfadabhängigkeit, dass also niemand so recht „aus seiner Haut heraus“ kann) eine „win-win“-Strategie für alle Regime in der Förderung von Doppelverdienerfamilien. Familien werden dadurch weniger verwundbar, wenn es zu einem Arbeitsplatzverlust kommt, und sind daher auch wesentlich flexibler, um auf die neuen

Herausforderungen eingehen zu können. Auch die Armutsgefährdung beim Auseinanderbrechen der Familie ist ungleich geringer. Scheint auf den ersten Blick also die Lösung für die sozialen Probleme der postindustriellen Welt auf dem Arbeitsmarkt zu liegen (sprich Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit), so ist allen, die sich jemals mit der Problematik beschäftigt haben, klar, dass dies nur dann möglich ist, wenn die sozialen Dienstleistungen defamilialisiert werden.

Und aufgrund dessen können „sozialdemokratische“ Regime auch am besten und auch mit den geringsten Strukturbrüchen auf die neuen Herausforderungen reagieren: Sie müssen ihre Zielrichtungen nur wenig verändern, indem Dienstleistungen noch stärker sozialisiert werden und jüngere Haushalte als Zielgruppe noch mehr gestärkt werden (sowohl was die soziale Absicherung als auch was die Beschäftigungsmaximierung betrifft). Im Gegensatz dazu reagieren „konservative“ Regime „falsch“: Noch immer stellen passive Transferprogramme die hauptsächlichste Waffe im Kampf gegen die Armut dar, und neue Risiken werden zunehmend an die Familien delegiert. Die „liberalen“ Regime verhalten sich zwar auch passiv, es gibt aber wenigstens eine soziale Infrastruktur, die über den Markt zugekauft werden kann (für diejenigen, die es sich leisten können).

Da Esping-Andersen wie gesagt von institutioneller Pfadabhängigkeit ausgeht, ist er auch der Überzeugung, dass die aktuelle Wohlfahrtsstaatskrise, so eminent ihre Probleme auch sein mögen, keine revolutionäre Veränderungen bewirken kann: „Academically speaking, there may exist a blueprint for a ‚win-win‘ strategy for an ideal postindustrial welfare regime. But unless it is compatible with existing welfare regime practice, it may not be practicable.“ (S. 173)

Trotz dieses Determinismus kann in jedem Wohlfahrtsregime an bestimmten „Rädchen“ gedreht werden:

◆ Am Arbeitsmarkt wird mehr Flexibili-

tät und auch eine stärkere Lohnungleichheit notwendig sein, wenn Vollbeschäftigung erreicht werden soll. Gleichzeitig muss auch die Arbeitsnachfrage steigen, dies bedeutet im postindustriellen Zeitalter mehr Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen.

◆ Der Wohlfahrtsstaat muss auf der Beitragsseite gestärkt werden. Mehr BeitragszahlerInnen können über erhöhte Fertilität, mehr Beschäftigte und weniger Leistungsabhängige erreicht werden.

◆ Die Familien brauchen adäquate Einkommen und Jobs und dafür brauchen sie leistbare soziale Dienstleistungen. Der erhöhte Flexibilitätsbedarf des Arbeitsmarktes erfordert als Gegengewicht einen Sozialschutz, der temporäre Armutsrisiken in den Familien ausreichend abdeckt.

Esping-Andersen betont mehrfach, dass es suboptimal ist, die Wohlfahrtsverantwortungen in den Familien zu internalisieren, da das inkompatibel mit dem Wunsch von Frauen nach ökonomischer Unabhängigkeit und Karriere ist: „Therefore, if ‚pro-family‘ policy or, for that matter, ‚decentralizing‘ welfare responsibilities, means that families should assume a greater share of welfare responsibilities and caring burdens, this is a dramatically suboptimal strategy.“ (S. 174)

Dies ist sicherlich aus österreichischer Sicht die wichtigste Lehre aus Esping-Andersens Buch. Das bislang als „konservativ“ einzustufende österreichische Wohlfahrtsmodell wird nicht von heute auf morgen (und schon gar nicht unter der derzeitigen Regierung) in ein von Esping-Andersen präferiertes Modell eines „sozialdemokratischen“ Regimes mit gewissen „liberalen“ Elementen (um ein breites Angebot an leistbaren und auch über den Markt angebotenen sozialen Dienstleistungen zu schaffen) verändert werden können.

Dennoch sollten stark kontraproduktive „Reformen“ vermieden werden. Und

genau dies stellt allen voran das Kindergeld dar, ebenso gehen aber auch die konservativen Diskussionen der Bürgergesellschaft in diese Richtung – Entsolidarisierung und Privatisierung der sozialen Risiken.

In diesem Licht müssen daher auch Diskussionen um beispielsweise eine Sterbekarenz geführt werden. Im Einzelfall kann sie durchaus wünschenswert und hilfreich sein, im „konservativen“ Kontext bedeutet ein derartiges Modell aber wiederum eine Belastung der Frauen. Die Esping-Andersen'sche Antwort wäre der Ausbau von Hospizen, die für alle leistbar sind (und in einer „idealen“ Welt wäre eine Kombination aus beidem wünschenswert).

An diesem konkreten Beispiel zeigt sich auch, dass es bei Esping-Andersen in keiner Weise darum geht, sich der sozialen Verantwortung zu entziehen, sondern dass dies eben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist. Nur

eine Vergesellschaftung der sozialen Risiken entspricht dem Rawls'schen Gerechtigkeitsprinzip und der Forderung nach Chancengleichheit.

Insgesamt lässt sich über Esping-Andersens Buch sagen, dass es für an der Sozialstaatsdiskussion Interessierte nicht sehr viel Neues enthält, da ja auch das Konzept des „Familialismus“ nur in der Diktion, nicht aber in der Analyse eine Erfindung Esping-Andersens darstellt. Wichtig ist aber, dass er selbst dieses Konzept in sein Klassifikationschema aufnimmt, da der postindustrielle Wohlfahrtsstaat und seine Probleme nur so adäquat analysiert werden können.

Und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen können gar nicht zu oft einer rechtskonservativen Regierung wie der österreichischen ins Stammbuch geschrieben werden.

Agnes Streissler